

Vielen Dank für die Verlesung dieser Rede, zu deren Inhalt und Aussagen ich mich hiermit voll und ganz bekenne.

Die hier vom Gericht gegen mich erhobenen Beschuldigungen weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Am 22. Juni 2022 habe ich am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park die eben hier dokumentierte Rede gehalten.

Unter dem Titel meiner Rede, „Wir vergessen nicht!“, habe ich dazu aufgerufen, diese „schmerzliche und beschämende Erinnerung an den so ungeheuerlichen und grausamen Vernichtungskrieg, den das faschistische Deutschland der gesamten Sowjetunion – vor allem der ukrainischen, der belorussischen und der russischen Republik angetan hat“, wach zu halten.

Die deutsche Regierung hat im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion entweder ganz oder teilweise zerstört: 15 Großstädte, 1.710 Städte, 70.000 Dörfer, fast 60 Millionen Gebäude, 32.000 Industriebetriebe, 10.000 Kraftwerke, 60.000 km Gleisanlagen, 100.000 km Autobahnen, 40.000 Krankenhäuser und medizinische Zentren, 64.000 Schulen und Hochschulen, 43.000 Bibliotheken, 44.000 Theater, ca. 3.000 Kirchen und 400 Museen. Dies sind Zahlen aus dem Buch „Väter der Vernichtung“ von Professor Brian Easlea, London.

Deutschland trägt die Verantwortung für den Tod von ca. 27 Millionen Bürgern der Sowjetunion, die während des 2. Weltkriegs umkamen oder gezielt getötet wurden, die Mehrheit von ihnen Zivilisten. Darunter Millionen von Juden, Polen, Sinti und Roma, Ukrainer, Russen und Kommunisten, die Hitler-Deutschland als Untermenschen ansah und vernichtet hat.

Was bedeutete das für die Nachkriegszeit? Die Sowjetunion hat Jahrzehnte gebraucht, um die ungeheuren Zerstörungen, Verletzungen dieses furchtbaren Krieges und deren Folgewirkungen zu überwinden, die die Wirtschaftskraft, die Gesundheit und den Wohlstand ihrer Menschen weit zurückgeworfen hatten.

Deshalb will ich an dieser Stelle nochmal mit tiefster Überzeugung wiederholen, was ich am 22. Juni 2022 erklärt habe: „Nie wieder dürfen wir als Deutsche an einem Krieg gegen Russland in irgendeiner Form beteiligt sein. Wir müssen uns zusammenschließen und uns diesem Irrsinn gemeinsam entgegenstellen.“

Als der Betreiber des Coop Antikriegscafés in Berlin, dass ich 2005 eröffnet habe, erklärt sich meine Haltung gegen den Krieg selbstredend.

Und zwar gegen alle Kriege. Aber jeden Krieg muss man auch in seinem politisch-geschichtlichen Kontext begreifen und einzuordnen versuchen.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Ukraine und damit zugleich viele ultranationale, faschistoide Elemente, die Militär, Polizei, Geheimdienste, Verwaltungsstellen und die Politik maßgeblich kontrollieren oder beeinflussen. Inzwischen werden diese Kräfte in der Ukraine mit schweren Waffen beliefert und ukrainische Soldaten werden in Deutschland ausgebildet. Man arbeitet tatsächlich mit diesen Kräften direkt zusammen. Mit den Nachfahren derjenigen Kräfte, mit denen bereits die Nazis seit Beginn des „Unternehmens Barbarossa“, d.h. seit dem 22. Juni 1941 zusammengearbeitet haben. Mit Nazikollaborateuren.

Der Westen, d.h. Deutschland, die USA, Großbritannien, ja fast alle NATO-Staaten unterstützen in der Ukraine ein korruptes Regime mit Nazi-Beziehungen, das 2014 durch einen von außen orchestrierten und finanziell unterstützten Staatsstreich an die Macht gebracht wurde. Der illegitime und völkerrechtswidrige Putsch in Kiew im Februar 2014 war seit Jahren vorbereitet worden. Politiker wie der inzwischen verstorbene US-Senator McCain, die US-Politikerin Victoria Nuland, deutsche Politiker der Partei DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU feuerten 2013 und 2014 in Kiew auf dem Maidan die Protestierenden zum immer aufgeladeneren Protest gegen ihren Präsidenten an. Dies eskalierte bekanntermaßen in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit vielen Toten, was bezeichnenderweise bis heute nicht rechtsstaatlich aufgearbeitet wurde. Wie wäre die Geschichte ohne die aufdringliche Einmischung von Vertretern anderer Staaten in der Ukraine verlaufen?

Die Wiedereingliederung der Krim war eine konzertierte Aktion der Krimbewohner und Russlands.

Die Einwohner der Krim wollten nicht Teil eines anti-russischen Landes sein, das sie als Russischsprachige und auch ethnische Russen zu einer verfolgten Minderheit gemacht hätte. Sie hatten bereits unter der Juschtschenko-Regierung 2004 und schon in den 90er Jahren schlechte Erfahrungen gesammelt. Die russische Regierung hatte ihrerseits nach dem Putsch sogleich verstanden, dass die Krim und die russischen Flottenstützpunkte wahrscheinlich eines der nächsten Ziele der russophoben Kräfte in Kiew sein würden. Noch im März entschied die Bevölkerung in einem Referendum mit über 90% der Stimmen, sich wieder der Russischen Föderation anzuschließen. Und zwar nachdem russische Soldaten ohne Insignien zunächst die ukrainischen Militärstützpunkte auf der Krim besetzt hatten.

Daraufhin beschuldigten Berlin und weitere westliche Regierungen einschließlich der westlichen Leitmedien Russland der angeblich völkerrechtswidrigen Annektion der Krim. Der vorhergehende Putsch in Kiew wurde als sogenannte „Revolution“ geadelt und die Gefahr abgetan, dass die russische Marine ihren langjährig gepachteten Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim verloren hätte und damit zugleich ihren Zugang über das Schwarze Meer zum Mittelmeer.

Die Überlegung, dass die sog. Annektion der Krim AUCH eine Art logische Konsequenz des anti-russischen Staatsstreichs in Kiew war, laut zu äußern, erfordert meinem Eindruck nach schon fast Mut. Russland wird hierzulande als aggressiv, als Aggressor dargestellt. Dabei suchte und sucht die russische Regierung immer einen möglichst defensiven Weg, einen Konflikt zu lösen. Den Wunsch der Donbass-Republiken nach einer Aufnahme in die Russische Föderation lehnte die russische Regierung jahrelang ab, setzte vielmehr ihre ganze Autorität ein, um die Sezessionswilligen mit den Minsk-Abkommen zu einer friedlichen Lösung mit der Ukraine zu bringen. Inzwischen bereut die russische Seite ihre Zurückhaltung, die, wie wir jetzt wissen, von Deutschland und Frankreich nur benutzt wurde, um der Ukraine Zeit zu geben, „stärker zu werden“, wie Frau Merkel es ausdrückte. Tatsächlich ist es genau anders herum. Mit dem endlos wiederholten Narrativ, Russland wolle sich mehr Territorium in Europa einverleiben, wird davon abgelenkt, nachzuschauen, was es denn bedeutet, dass die NATO immer weiter nach Osten vorrückt. Ganz offen wird inzwischen der Krieg gegen Russland in regelmäßigen und immer größeren Manövern geübt.

Erinnern Sie sich noch daran, dass es längere Zeit nur darum ging, sich gegen den Iran oder Nordkorea zu verteidigen, wenn man in Osteuropa Raketensilos aufstellt? Da sind wir jetzt schon weiter, dank der angeblichen russischen „Aggression“ muss sich die NATO nicht mehr verstellen.

Auch Donezk und Lugansk in der Region Donbass erklärten sich für unabhängig, weil sie als russischsprachige Minderheit dämonisiert und angegriffen wurden und sie nicht unter dem russophoben Regime Kiews leben wollten. Die zunächst angestrebte Autonomie innerhalb der Ukraine war von ukrainischer Seite abgewiesen worden. Was machte Kiew? Schickte das Militär, und als die normalen Soldaten nicht rigoros genug waren, schlug die Stunde der – vorwiegend – von Oligarchen finanzierten paramilitärischen Freiwilligen-Bataillone, die sich ihre ersten Sporen in der sogenannten Anti-Terror-Operation (ATO) verdienen wollten ...

In Odessa und anderen Städten im ukrainischen Südosten mit starken Bindungen an Russland kam es zu Protesten und Aufständen, die von der

Putsch-Regierung in Kiew ab der zweiten Aprilhälfte 2014 brutal niedergeschlagen wurden.

Am 2. Mai 2014 kam es dann zu Ausschreitungen, die im Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa gipfelten. Die Opfer dieses Tages werden offiziell mit 48 Tote und über 200 Verletzten angegeben. Bis auf ein Opfer waren sie alle linke Gegner der Putsch-Regierung, die für eine Föderalisierung der Regionen eintraten. Sie hatten schon im April ein Camp vor dem Gewerkschaftshaus errichtet, das den übergeordneten Behörden ein Dorn im Auge war. Es gab wiederholt Auseinandersetzungen mit Unterstützergruppen Kiews, darunter ein örtlicher Ableger des Rechten Sektors, die aber immer friedlich verlaufen waren.

Nach Straßenschlachten im Zentrum mit bereits vielen Verletzten und sechs Toten zog ein zahlenmäßig weit überlegener und vereinzelt auch bewaffneter Mob zum Camp vor dem Gewerkschaftshaus, woraufhin etwa 400 unbewaffnete Menschen in das nahe Gewerkschaftshaus flüchteten und sich dort verbarrikadierten. Das Camp wurde zerstört und in Brand gesetzt und danach die Geflüchteten gejagt und mit Molotow-Cocktails auch das Gewerkschaftshaus angegriffen. 32 Menschen verbrannten im Gebäude, und eine Reihe derjenigen, die sich wegen der Hitze aus den Fenstern stürzten, wurden unten vor dem Haus vom rechten Mob brutal totgeschlagen oder schwerverletzt. Das führte zu weiteren zehn Toten. Für mich ist der 2. Mai auch der Tag, an dem im Jahr 1933 die Gewerkschaftshäuser in Deutschland von den Nazis gestürmt wurden und Linke und Gewerkschafter in die ersten provisorischen KZs verschleppt wurden und dort zusammengeschlagen, gefoltert oder sogar ermordet wurden.

Als Antifaschist und Antiimperialist stelle ich mich ausdrücklich gegen die Politik von Regime-Change, gegen Interventionskriege und gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten.

Ich fordere von der deutschen Regierung eine Politik im Interesse des Weltfriedens, im Interesse der internationalen Sicherheit und des friedlichen Zusammenlebens aller Völker. Die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen müssen respektiert werden und internationales Recht muss verteidigt werden.

Ich fordere, alle Waffenlieferungen und Ausbildungsprogramme für die Ukraine unverzüglich einzustellen. Ich fordere Diplomatie statt Waffen. Ich fordere alle Anstrengungen unserer Regierung, um Verhandlungen der Kriegsgegner ohne Vorbedingungen zu ermöglichen. Die Opferung der

Ukraine für die geopolitischen Interessen des Westens, nämlich der strategischen Schwächung Russlands, ist ein ungeheures Kriegsverbrechen und muss ein Ende haben.

Die Rolle der Medien bei der Förderung der derzeitigen destruktiven Ukraine-Politik ist immens. Die deutschen Leitmedien unterstützen die von der Regierung verbreiteten Standpunkte quasi vorbehaltlos. Über die tatsächlichen Geschehnisse wird in den bürgerlichen Medien kaum oder nur am Rande berichtet. Vor dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 gab es dagegen immer wieder entlarvende Berichte in den deutschen bürgerlichen Medien über die ultranationalistischen Elemente, die in der Ukraine gegen die eigene Bevölkerung vorgehen. Es gab Drohungen gegen missliebige Journalisten, Politikern und Rechtsanwälten – oder deren Inhaftierung bis hin zu Tötungen.

Nun wird aber jetzt im Westen und insbesondere in Berlin, in London, in Kanada und in den USA mit extrem russophoben Ultranationalisten in der Ukraine auf das Engste zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit ist nur in ihrer Intensität, aber nicht an sich neu. Es gab sie bereits im verdeckten Krieg der US-Geheimdienste nach dem 2. Weltkrieg gegen die Sowjetunion und seit den 1990ern zur Beeinflussung des Staatsaufbaus der Ukraine nach ihrer Loslösung aus der UdSSR in ihrem Verhältnis zu Russland. Kanada und die BRD nahmen dabei die Haltung staatlicher Komplizenschaft ein, um die ukrainischen Kriegsverbrecher und Kollaborateure vor dem Nürnberger Tribunal und allgemein vor Strafverfolgung zu schützen.

1991, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, bot sich für den „kollektiven Westen“ die einmalige Chance, den bislang verschlossenen Raum sowohl ökonomisch als auch machtpolitisch zu durchdringen. Entscheidend dabei war das Ziel, den sowjetisch/russischen Machtapparat zu kontrollieren und Zugriff auf die immensen russischen Rohstoffressourcen zu bekommen.

Als Hemmnis dabei erwies sich weniger eine mangelnde Kooperationsbereitschaft des russischen Präsidenten als die schiere Größe Russlands: Und zwar geographisch und machtpolitisch. Russland wie auch China wird für den Westen immer ein unsicherer Machtfaktor sein, wenn es nicht zerschlagen, balkanisiert werden kann. Diese Überlegungen treiben sowohl Berlin als auch die US-Geostrategen mindestens seit den 1990er Jahren um.

Nach Napoleon 1812, dem deutschen Kaiser 1914, Adolf Hitler 1941 sieht sich Russland nun einer vierten existentiellen Bedrohung gegenüber.

Der ehemalige sowjetische Staatschef Gorbatschow hatte am 10. Februar 1990 vor allem gegen den anfänglichen Widerstand Frankreichs und Großbritanniens der deutschen Wiedervereinigung zugestimmt. Am Tag zuvor hieß es laut einem offiziellen Protokoll des National Security Archive folgendermaßen, Zitat:

„In Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung“ versicherte US-Außenminister Baker gegenüber Gorbatschow, dass *„weder der Präsident noch ich beabsichtigen, irgendwelche einseitigen Vorteile aus den stattfindenden Prozessen zu ziehen“*, und dass die USA die Bedeutung von Garantien für die UdSSR und Europa verstehen, *„sich nicht einen Zoll von der derzeitigen militärische Zuständigkeit der NATO in östlicher Richtung auszudehnen.“* Gorbatschow erwiderte: *„Es versteht sich von selbst, dass eine Ausweitung der NATO-Zone nicht akzeptabel ist.“* US-Außenminister Baker bekräftigt: *„Da stimmen wir zu.“*
Zitatende.

Seit 1990 sind 15 Staaten dem NATO-Bündnis beigetreten. Keinem dieser Beitrittsgesuche hätte die NATO stattgeben dürfen, wenn sie sich an die hier zitierte Abmachung gehalten hätte.

Seit Februar 2022 wehrt sich die russische Führung militärisch gegen die direkte Bedrohung durch die NATO an ihren Westgrenzen.

Bislang gibt es in der Ukraine eine indirekte Unterstützung durch NATO-Waffenlieferungen und großzügige Söldnerregelungen westlicher Staaten, aber mit der Ukraine als NATO-Mitglied würde das Bündnis zu einer weiteren 2.000 km langen direkten Grenze zu Russland aufschließen. Die Vorwarnzeit für Enthauptungsschläge auf russische Zentren wie beispielsweise Moskau würde auf wenige Minuten sinken.

Seit Mitte 2022 zeichnete sich ab, dass sich die materiellen und personellen Reserven der Ukraine, die während ihrer achtjährigen Aufrüstung quasi zu einem antirussischen Frontstaat aufgebaut worden war, erschöpften. Einen solchen Krieg hat der Westen seit 1945 nicht mehr geführt.

Was hat die russische Invasion in die Ukraine, den erweiterten Ukraine-Krieg ausgelöst? Blicken wir einmal genau auf die letzten Tage vor dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022. Was geschah in diesen Tagen?

Am 14. Februar 2022 gab die US-Regierung bekannt, dass man einen Angriff Russlands auf die Ukraine am 16. Februar erwarte. Genau an diesem Tag, am 16. Februar, begannen die vor der Kontaktlinie im Donbass zusammengezogenen ukrainischen Streitkräfte die Republiken Donezk und Lugansk immer stärker zu

beschießen. Am 18. Februar war der Beschuss gegenüber dem 14. Februar bereits um ein Vielfaches gestiegen.

Eindeutig eskalierte Kiew den Konflikt. So nämlich, mit massivem Artilleriebeschuss, beginnt üblicherweise eine militärische Offensive. Und dazu kam die Tatsache, dass dann am 19. Februar 2022 der ukrainische Präsident Selenski auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, dass sein Land aus dem Budapester Memorandum aussteigen werde, sofern es keine festen Sicherheitsgarantien der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, einschließlich Deutschlands und der Türkei, gebe. Damit kündigte der Präsident indirekt ukrainische Pläne an, Atomwaffen erwerben zu wollen. Und keiner der anwesenden westlichen Politiker protestierte gegen diese offensichtlichen Ambitionen der Ukraine.

Mit diesem koordinierten Vorgehen sollte Russland zum Eingreifen provoziert werden, um dann Moskau Aggression vorzuwerfen.

Zwischen dem 16. und dem 19. Februar registrierte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine weitere Vervielfachung der Waffenstillstandsverletzungen und des Beschusses.

Am 21. Februar 2022 erkannte Moskau die Unabhängigkeit der beiden Republiken Donezk und Lugansk an. Die OSZE registrierte an diesem Tag 1.927 Waffenstillstandsverletzungen und 1.481 Explosionen. Am 22. Februar 2022 kam es zu 1.710 Waffenstillstandsverletzungen und 1.420 Explosionen. Die Republiken Donezk und Lugansk konnten dem militärischen Druck von Seiten der Ukraine kaum noch standhalten und baten deshalb Moskau um militärische Hilfe.

Aufgrund des zunehmenden Beschusses am 18. Februar ordneten die Donbass-Republiken die Evakuierung der Bevölkerung nach Russland an. Zugleich erkannte Moskau diese Volksrepubliken am 21. Februar 2022 per Dekret als selbständig an. Am 22. Februar 2022 unterzeichnete Putin mit den Repräsentanten der „Volksrepubliken“ einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand für zunächst zehn Jahre.

Wenn jetzt hier vor Gericht auf der Grundlage einer einseitigen Schuldzuweisung auf Russland festgeschrieben werden könnte, seine Einmischung in den seit 2014 andauernden Krieg sei ein völkerrechtswidriger, gar mit imperialistischen Motiven geführter Angriffskrieg gewesen, hätten wir alle verloren, auch vor diesem Gericht.

Einen Krieg auf eigenem Staatsgebiet zu führen gegen eigene ukrainische Bürger ist verbrecherisch. Und verbrecherisch war es auch bereits im Februar 2014, den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Janukowitsch, gewaltsam aus dem Amt zu putschen. Vielleicht war er korrupt. Die Putschisten sind es erst recht, wie beispielsweise die Panama-Papers belegen. Der Grund, Janukowitsch aus dem Amt zu jagen, war seine Weigerung, die ukrainische Wirtschaft auf Gedeih und Verderb den westlichen Märkten zu öffnen. Denn die Ukraine war immer noch zu einem überwiegenden Teil mit der russischen Wirtschaft verbunden. Ein Abschneiden dieser auch mit einem Freihandelsabkommen untermauerten Kooperationen musste folgerichtig einen schweren volkswirtschaftlichen Einbruch auslösen.

Obwohl die ukrainische Regierung unter der Regierung Poroschenko das völkerrechtlich bindende Abkommen Minsk II unterschrieben hatte, das einen besonderen Autonomiestatus für die abtrünnigen Provinzen innerhalb der Ukraine vorsah, boykottierte sie die Umsetzung – mit westlicher Duldung und Unterstützung. Die ukrainische Armee wurde fortan von den USA und Großbritannien massiv aufgerüstet und nach NATO-Standard ausgebildet. Eine friedliche Einigung mit den Aufständischen im Donbass-Gebiet wollte weder die ukrainischen Regierungen nach 2014 noch der NATO-Westen. Die Ukraine sollte gegen Russland militärisch „ertüchtigt“ werden, ihre Arbeitskräfte und Bodenschätze zu Ramschpreisen verfügbar gemacht werden.

Zwangsrekrutierungen finden jetzt im ganzen Land statt. In vielen ukrainischen Städten werden regelrechte Razzien durchgeführt, bei denen Menschen eingefangen werden. Mitarbeiter von Militärregistrierungs- und Rekrutierungsbüros riegeln dabei ganze Straßenabschnitte ab, halten Männer im wehrpflichtigen Alter an. Oft werden die Männer direkt ergriffen und in Autos gezerrt.

Dies halten Passanten oder Begleiter der Betroffenen mit Kameras fest und veröffentlichen es im Internet. An Beispielen für diese Vorfälle mangelt es nicht. Die Szenen spielen sich ab in Fitness-Studios, Cafés, auf Bahnhöfen, in Kirchen und auf Beerdigungen. In Regionalen Ausbildungszentren werden die Entführten dann oft brutal geschlagen und gegen ihren Willen nach kurzer Ausbildung zur Front gebracht. Dort überleben sie manchmal nur ein paar Tage. Wer versucht zu desertieren, wird oft hinterrücks erschossen. Videos davon werden zur Abschreckung teilweise im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus gibt es Berichte über brutale Folterungen an russischen Kriegsgefangenen, die glaubhaft sind. Und es gibt immer wieder auch Videos von Hinrichtungen russischer Kriegsgefangener.

Was mit ukrainischen Zwangsrekrutierten im Endeffekt geschieht, erzählen ukrainische Soldaten nicht selten dem russischen Militär kurz nach ihrer Gefangennahme.

Um aus einem Facebook-Beitrag von Oskar Lafontaine zu zitieren – Er schreibt wörtlich:

„Jetzt kritisierte der ukrainische Außenminister Kuleba die von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht initiierte Friedenskundgebung am Brandenburger Tor. Die Teilnehmer sollten schreiben, was sie nach seiner Ansicht wirklich meinten: ‚Lasst die Russen Ukrainer töten, foltern und vergewaltigen.‘ Durch diesen Vorwurf disqualifiziert sich der ukrainische Außenminister und schließt damit nahtlos auf zu den Pöbeleien des ehemaligen Botschafters Melnyk, der wie viele ukrainische Nationalisten den Judenmörder Stepan Bandera verehrt. Arno Klarsfeld, Sohn der Nazijäger Beate und Serge Klarsfeld, sagt dazu: ‚Ein Land, in dem Verbrecher, die zehntausende von Juden ermordet haben, als Helden verehrt werden, hat in der EU nichts zu suchen.‘ Und er fährt fort: ‚Der Kult um Stepan Bandera wird in der Ukraine mit Briefmarken und Prozessionen betrieben. Es gibt einen Gedenktag. Straßen und Stadien sind nach ihm benannt. Die Hauptstraße zur Gedenkstätte Babyn Jar, wo 33.000 Juden ermordet wurden, trägt den Namen Bandera. Die letzte Strecke ist nach Roman Schuchewytsch benannt, der noch viel schlimmer war.‘ Und wann folgen unsere Politiker und Journalisten dem Appell der Familie Klarsfeld und distanzieren sich vom ukrainischen Antisemitismus und dem Bandera-Kult?“

Die Ukraine gibt auch jetzt während des Krieges enorme Summen dafür aus, Straßen und Plätze, ganze Städte und Siedlungen nach Nazi-Kollaborateuren und Antisemiten wie Bandera oder Schuchewytsch umzubenennen. Denkmäler von Alexander Puschkin oder Leo Tolstoi werden abgerissen. Finanziert wird dies vor allem aus finanziellen Zuwendungen der EU und den USA. Schätzungen sprechen von Kosten von mehr als einer Milliarde Euro.

Hier in Berlin gab es bereits am 8. und 9. Mai des vergangenen Jahres erste Anzeichen eines repressiven Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus, als nämlich der Berliner Senat per Allgemeinverfügung am 8. und 9. Mai ein Verbot von sowjetischen Fahnen und Symbolen erwirkte, statt der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion zu gedenken.

Ähnliches wiederholte sich, als anlässlich der Antikriegskundgebung von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer und der Kundgebung der Berliner Friedenskoordination am Vortag Allgemeinverfügungen erlassen wurden, die pro-russische Haltungen einhegen sollten.

An dieser Stelle möchte ich meine Worte in meiner Rede vom 22. Juni 2022 nochmals unterstreichen. Ich habe damals gesagt: *„Gerade als Deutsche sollten wir offen und ehrlich versuchen, die russischen Gründe für das militärische Eingreifen in der Ukraine zu verstehen und auch, warum die überwiegende Mehrheit der Menschen in Russland ihre Regierung und ihren Präsidenten darin unterstützen, und zwar trotz unterschiedlichster politischer Grundhaltungen.“*

Zu diesen Worten stehe ich weiterhin.

Seit dem 24. Februar 2022, dem Tag, als Russland in die Ukraine einmarschiert ist, hat sich vieles fundamental geändert. Die Russophobie nimmt immer mehr zu, obwohl es diese Tendenzen auch schon vorher gab. Wie die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel jetzt zugegeben hat, war das Minsk-II-Abkommen nur eine Täuschung, um die Russen hinzuhalten. Die deutsche Regierung war demnach direkt an der Untergrabung eines völkerrechtlichen Abkommens beteiligt.

Dazu gehört auch die Vorgeschichte mit Skripal, Nawalny und Timoschenko. In einem abgehörten Telefonat aus der Charité in Berlin sagte Julia Timoschenko 2014 auf dem Höhepunkt der Maidan-Proteste, man solle Putin ins Gesicht schießen und eine Atombombe auf den Donbass werfen. Mit der NATO-Osterweiterung ist man schrittweise an Russland herangerückt. Die deutsche Wehrmacht hat in Leningrad fast eine Million Menschen vernichten wollen, durch Aushungern. Jetzt steht die Bundeswehr wieder an der russischen Grenze, und man bildet in Deutschland ukrainische Militärs aus. Ich finde das alles unfassbar.

Seit 2005 betreibe ich das Antikriegscafé in Berlin-Mitte in der Nähe des Alexanderplatzes, ein beliebter Treffpunkt für Aktivisten, Künstler, Musiker und Touristen. Seit 2014 veranstalte ich eine regelmäßige Musikveranstaltung mit dem Titel „Frieden mit Russland“. Seit dem 24. Februar 2022 ist alles komplizierter geworden. Ich argumentiere unentwegt, dass der Krieg eine Vorgeschichte hat und bereits Anfang 2014 begonnen hat.

Ukrainischen Flüchtlingen gegenüber bringe ich immer meine volle Solidarität zum Ausdruck. Viele dieser Menschen sind aus Angst und in großer Panik geflüchtet, und ich verwehre mich immer gegen die weit verbreitete Auffassung, dass alle ukrainischen Flüchtlinge hier nur vom Sozialsystem profitieren wollen.

Und natürlich vertrete ich nicht den Standpunkt, dass alle Ukrainer

faschistisches Gedankengut unterstützen. Nein, es gibt auch viele Ukrainer, die nicht russophob sind. Aber für mich ist klar, dass viele Ukrainer Opfer jahrelanger Propaganda gegen alles Russische geworden sind. Schulbücher sind voll von russophoben Inhalten, die russischen Kulturgüter werden entfernt, in Schulungen wird Jugendlichen und Kindern der Hass auf alles Russische gelehrt. Fakt ist: Ein bedeutender Teil derer, die in der Ukraine an den Schaltstellen der Macht sitzen, haben faschistisches Gedankengut und einen irrationalen Russenhass verinnerlicht.

Selbstverständlich bin ich der Meinung, dass Krieg schrecklich ist. Dass Kriege immer zahllose Tote und Schwerverletzte bedeuten und zahllose Flüchtlinge die Konsequenz sind. Dass Kriege Traumata erzeugen und dass Lebenswelt- und damit Umweltzerstörung die Konsequenz jeglicher Kriege sind. Aber zugleich muss man auch sehen, dass es Kriege gibt, die imperialistische Angriffskriege sind und Kriege, die Abwehrkriege sind. Ob zum Zweck der Machtausweitung, des Erhalts einer Vormachtstellung oder zur Verteidigung gegen eine Bedrohung Krieg geführt wird, macht einen Unterschied. Das bedeutet nicht, dass man Kriege gut finden, aber Kriege in ihrem Zusammenhang sehen und verstehen muss.

Russland und China sind diejenigen Weltmächte, die das Konzept der Multipolarität vorantreiben und als globale Gegengewichte zur westlichen Hegemonie handeln. Wie beide Länder immer wieder betonen, ist ihre Zusammenarbeit gegen niemanden gerichtet, kein Staat wird ausgeschlossen, der sich der UN-Charta verpflichtet hat. Jetzt scheint sich ein Fenster für Diplomatie und Friedensverhandlungen für Jemen, Saudi-Arabien, den Iran und erstaunlicherweise auch Syrien und die Türkei zu öffnen. Aktuell will China sogar zwischen Israel und Palästina vermitteln.

Multipolar orientierte Nationen stellen eine attraktive Alternative zu den vom Westen kontrollierten Institutionen dar. Institutionen und Entwicklungsprojekte wie BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, die sich gerade neuen Partnerstaaten öffnen), die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) und das globale Entwicklungsprojekt New Silk Road beruhen auf den Prinzipien von Nichtinterventionismus und gegenseitigem Respekt.

Die Mehrheit der UN-Mitglieder unterstützt diesen multipolaren Ansatz. Dies ist genau der Grund, warum der Westen dieses Vorhaben scheitern sehen will – es stellt seine globale Hegemonie, seine „Spielregeln“ in der internationalen Ordnung infrage.

Doch wollen wir tatsächlich in einer unipolaren Welt leben, in der Kriege westlicher Mächte das Schicksal der Welt bestimmen? Oder besser in einer multipolaren Welt, in der souveräne Staaten zusammenarbeiten, in einem Umfeld von Frieden, von Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt? Es steht außer Frage, dass die globale Mehrheit und der Globale Süden letztere Konzeption bereits unterstützen. Immer mehr Staaten wenden sich jetzt diesem Projekt zu.

Der heute hier verhandelte Fall ist international bekannt geworden. US-Aktivistin im Odessa-Solidaritätskomitee, die Odessa besucht haben und mit denen zusammen ich einen deutschsprachigen Aufruf veröffentlicht habe, haben eine Solidaritätskampagne initiiert, die von vielen internationalen Persönlichkeiten und Aktivistinnen unterstützt wird. Über das heutige Verfahren gab es Interviews in der DKP-Zeitung Unsere Zeit, in der linken Tageszeitung „junge Welt“, mit alternativen Webseiten in mehreren Ländern. Das chinesische und das russische Staatsfernsehen interviewten mich im Antikriegscafé, und der Fall kam im UN-Sicherheitsrat zur Sprache. Mein persönlicher Freund, der ehemalige CIA-Mitarbeiter und Antikriegs-Aktivist Ray McGovern, erwähnte das Verfahren, als er Ende Februar auf russische Einladung zu den Recherchen von Seymour Hersh und zum Terrorakt gegen die Nord-Stream-Pipelines Stellung bezog. Ray McGovern berichtete von Friedensdemonstrationen in Deutschland, in denen „Verhandeln statt Schießen“ gefordert werde. Dann verwies er auf das Verfahren gegen mich, Heinrich Bücker, und kritisierte den drohenden Eingriff in die Meinungsfreiheit.

Als Mitglied der Kommunistischen Plattform in der Partei „DIE LINKE“, als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, von Frente Unido América Latina Berlin, von Aufstehen Berlin, als Vorstandsmitglied des Deutschen Friedensrats, als Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden, als Vertreter des internationalen Antikriegsbündnis World Beyond War und als Mitglied im Beirat der Odessa-Solidaritätskampagne stehe ich heute gewissermaßen zusammen mit all diesen Gruppen vor Gericht. Gemeinsam bringen wir alle zum Ausdruck, dass es unglaublich ist, was in Deutschland geschieht, dass das Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll.

Dieser heutige Prozess ist deshalb von großer öffentlicher Bedeutung. Denn würde ich hier schuldig gesprochen werden, so stellte dies einen außerordentlichen Verstoß gegen Artikel 5 (1) des Grundgesetzes dar. Dort ist festgeschrieben, dass jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Lediglich die öffentliche Leugnung, Billigung oder Verharmlosung des Holocausts und nationalsozialistischer Verbrechen wird bestraft.

Israel und das dortige Holocaust-Institut Yad Vashem, das Außenministerium Polens und mehrere jüdische Gemeinden auf der ganzen Welt sowie prominente Historiker von Universitäten in den USA, Kanada, Deutschland, Polen, Russland und Israel protestieren seit 2014 jedes Jahr gegen die Ehrung von Stepan Bandera. Vor 2014, d.h. vor dem völkerrechtswidrigen Putsch in Kiew, wurde Stepan Bandera auch in der Ukraine als Kriegsverbrecher benannt.

Darüber hinaus wird mein Rechtsanwalt Tobias Krenzel eine ganze Reihe von Beweisstücken einreichen, Medienberichte aus den bürgerlichen Medien, die vor dem 24. Februar 2022 veröffentlicht wurden.